

Positionspapier von Partei Eins

Grönland, Ukraine, Venezuela – Recht vor Macht in einer geopolitischen Welt

Grundsatzposition der politischen Initiative “Partei Eins”

Präambel: Recht ist unteilbar

Partei Eins steht für eine Politik, die sich **dem Recht verpflichtet fühlt – nicht der Macht**. Demokratie, Souveränität und Menschenwürde verlieren ihren Sinn, wenn sie nur dort verteidigt werden, wo es politisch opportun ist.

Die Entwicklungen in **Grönland**, der **Ukraine** und **Venezuela** sind keine isolierten Ereignisse. Sie markieren eine gefährliche Verschiebung der internationalen Ordnung: hin zu selektiver Rechtsanwendung, geopolitischer Instrumentalisierung und der schleichenden Normalisierung von Völkerrechtsbrüchen – auch durch demokratische Staaten und Bündnispartner.

Partei Eins lehnt diese Entwicklung ausdrücklich ab.

I. Grönland: Selbstbestimmung ist kein geopolitischer Vorbehalt

Grönland ist ein autonomes Gebiet innerhalb des Königreichs Dänemark und Träger des völkerrechtlich garantierten **Selbstbestimmungsrechts der Völker**. Dieses Recht ist zwingendes Völkerrecht und nicht verhandelbar.

Die zunehmende strategische, militärische und wirtschaftliche Einflussnahme externer Akteure – insbesondere der USA – widerspricht dem Geist und dem Wortlaut der UN-Charta. Selbstbestimmung darf nicht durch sicherheitspolitische Argumente, wirtschaftliche Abhängigkeiten oder strategische Interessen ausgehöhlt werden.

Position von Partei Eins:

- Grönlands politische Zukunft darf ausschließlich von den Menschen in Grönland bestimmt werden.
- Jede Form indirekten Drucks ist völkerrechtswidrig – auch wenn sie als „Partnerschaft“ bezeichnet wird.

II. Die USA: Schutzmacht, Bündnispartner – und Rechtsverletzer

Partei Eins erkennt die historische Rolle der USA für die europäische Sicherheit an.
Gleichzeitig stellt sie klar: **Bündniszugehörigkeit rechtfertigt keine Rechtsbrüche.**

1. Grönland

Öffentliche Kaufangebote, militärische Dominanz und strategische Vereinnahmung widersprechen der souveränen Gleichheit politischer Einheiten. Territorien sind keine Handelsobjekte.

2. Ukraine

Der russische Angriffskrieg ist eindeutig völkerrechtswidrig. Die Unterstützung der Ukraine ist grundsätzlich legitim.

Doch: Das Völkerrecht darf **nicht selektiv verteidigt** werden. Wer es hier kompromisslos einfordert, muss es anderswo ebenso strikt einhalten.

3. Venezuela

Die militärische Intervention der USA ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates stellt einen klaren Bruch des Gewalt- und Interventionsverbots dar.

Partei Eins verurteilt diese Maßnahme ausdrücklich als **völkerrechtswidrig**.

III. NATO und Werte: Glaubwürdigkeit entsteht durch Rechtsbindung

Die NATO versteht sich als Wertegemeinschaft. Diese Werte verlieren ihre Glaubwürdigkeit, wenn Mitgliedsstaaten selbst gegen grundlegende Normen der UN-Charta verstoßen oder solche Verstöße politisch decken.

Position von Partei Eins:

- NATO-Mitgliedschaft hebt das Völkerrecht nicht auf.
- Rechtsverstöße durch Bündnispartner müssen ebenso benannt werden wie die durch Gegner.
- Sicherheit ohne Recht ist keine Sicherheit, sondern Machtpolitik.

IV. Die UN-Charta als verbindlicher Maßstab – nicht als Rhetorik

Die UN-Charta verpflichtet alle Staaten:

- zur souveränen Gleichheit
- zum Gewaltverbot
- zur Nichtintervention
- zur Achtung der Selbstbestimmung der Völker

Diese Normen gelten **universell**.

Ihre selektive Anwendung zerstört die regelbasierte internationale Ordnung von innen.

Partei Eins weist jede Form von Doppelmoral zurück.

V. Grönland als Präzedenzfall – und Warnsignal

Wenn akzeptiert wird, dass:

- autonome Regionen strategisch vereinnahmt werden dürfen,
- Völkerrecht politisch relativiert wird,
- Machtinteressen über Recht gestellt werden,

dann verliert das internationale System seine Schutzfunktion – insbesondere für kleine, autonome oder ressourcenreiche Regionen.

Grönland ist deshalb kein Randthema, sondern ein **Prüfstein der internationalen Ordnung**.

VI. Grundsatzposition von Partei Eins

Partei Eins bekennt sich eindeutig zu folgenden Prinzipien:

1. **Recht vor Macht** – ohne Ausnahmen
2. **Universelle Geltung des Völkerrechts**
3. **Keine selektive Empörung, keine selektive Anwendung**
4. **Klare Benennung von Rechtsbrüchen – auch durch Verbündete**
5. **Stärkung der UN und des internationalen Rechtsrahmens**

Schluss: Eine Ordnung nach Recht – oder keine Ordnung

Das 21. Jahrhundert entscheidet sich nicht an Waffen, sondern an Normen.
Entweder das Völkerrecht gilt für alle – oder es wird bedeutungslos.

**Partei Eins steht für eine internationale Ordnung,
in der Macht dem Recht untergeordnet ist –
nicht umgekehrt.**

Rechtlicher Hinweis (EU / DACH):

Partei Eins ist eine politische Initiative und keine politische Partei im Sinne der jeweils geltenden Parteiengesetze in Deutschland, Österreich oder der Schweiz.

Dieses Dokument dient ausschließlich der politischen Meinungsbildung und öffentlichen Information.

Es stellt weder Wahlwerbung noch ein Parteiprogramm dar.

Eine Parteigründung, Wahlteilnahme oder parteirechtliche Organisation ist nicht Gegenstand dieses Dokuments.